

Wien braucht ein Bordellgesetz

Ulm: Pilotversuch zur Straßenprostitution gescheitert

Es wäre höchst an der Zeit, dass die zuständige SPÖ Stadträtin Frauenberger einsieht, dass der Pilotversuch zur Straßenprostitution in Wien gescheitert ist.

Die von Seiten der Stadt angebotenen Zonen zur Ausübung der Prostitution (Anm.: Linke Wienzeile zwischen Anschütz-straße und Jheringgasse sowie die Linzer Straße hinter dem Technischen Museum) werden nicht angenommen.

Es besteht kein Grund weiter zuzuwarten - immerhin war man bereits Jahre lang untätig. Zudem hat die ÖVP Wien auch hier bereits vor Monaten eine Lösung des Problems präsentiert - ein Wiener Bordellgesetz.

Ohne ausdrückliche behördliche Genehmigung soll die Ausübung der Prostitution in Wien hinkünftig nicht mehr möglich sein.

Findet Prostitution in Wien derzeit noch größtenteils im gesetzesfreien Raum und damit in einer rechtlichen Grau-

zone statt, so muss es, wie in anderen Bundesländern bereits üblich, künftig auch in Wien ein Genehmigungsverfahren für Bordelle und bordellähnliche Einrichtungen geben.

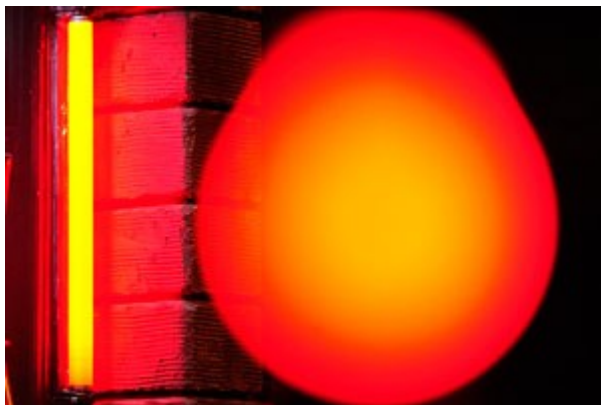
Kern des Genehmigungsverfahrens soll eine Zuverlässigkeitsprüfung des/der Betreibers/in sein. Der Betreiber ist verantwortlich für die Einhaltung aller Vorschriften und Auflagen, sowohl die Prostitution als auch das Lokal betreffend.

Das Bordellgesetz wäre nach den Haftstrafen für Hütchen-spieler, dem Verfall ihrer Einnahmen, dem Verbot des gewerbsmäßigen Bettelns - alles von der SPÖ übernommene Forderungen der ÖVP Wien - der nächste Schritt, um Wien sicherer zu machen, so Ulm abschließend.

<http://wien.oevp.at/20368/?MP=61-157>

Wiener FPÖ will Freier härter bestrafen

01. September 2010, 13:22



Die Freiheitlichen wollen weg vom "Verbotszonen-Wirrwarr" und den Straßenstrich verbieten, und auch die ÖVP pocht auf eine Verlagerung der Sexarbeit in Bordelle. Die SP will die Gesetzeslage zur Prostitution nachbessern.

Bußgeld schon bei Kontaktabbahnung und generelles Verbot von Straßenprostitution gefordert - SPÖ plant Gesetzesnovellierung im Herbst

Wien - Die Wiener FPÖ will mit Freiern künftig härter ins Gericht gehen: Die Freiheitlichen wollen jene Menschen mit einer Verwaltungsstrafe von bis zu 700 Euro schon dann belegen, wenn sie in Verbotszonen nur anbahnen - also mit Straßenprostituierten "Kontakt aufnehmen, um sexuelle Handlung gegen Entgelt zu vereinbaren", wie Gemeinderat Dietbert Kowarik am Mittwoch in einer Pressekonferenz sagte. Zu diesem Zweck wollen die Blauen in der nächsten Landtagssitzung einen Gesetzesänderungsvorschlag einbringen. Die SPÖ kündigte indes eine Novellierung für den Herbst an.

"Und schon hat der Herr ein Problem"

Momentan können Freier nur dann rechtlich belangt werden, wenn sie in den Schutzzonen - also Bereiche um Schulen, Kirchen oder Spitäler - in flagranti erwischt werden. Genau das will die FPÖ dadurch ändern, indem ein neuer Verwaltungsstrafbestand ins Prostitutionsgesetz aufgenommen werden soll. "Autonummer aufschreiben, eventuell fotografieren, Anzeige erstatten und schon hat der Herr ein Problem", wünscht sich Kowarik. Sollten die Freier die Strafe nicht bezahlen können, sieht der freiheitliche Novellierungsentwurf eine Ersatzfreiheitsstrafe von bis zu einer Woche vor.

SP-Sieben-Punkte-Programm greift nicht

Anlass für die FPÖ-Forderung ist die "ausufernde Prostitution" im 15. Wiener Gemeindebezirk. Das Sieben-Punkte-Programm der SPÖ habe nicht gegriffen, die Situation sich nur durch massive Polizeipräsenz gebessert. Diese werde aber nach der Wahl zurückgefahren, zeigte sich Kowarik überzeugt. Gegen Sexarbeiterinnen selbst vorzugehen, sei schwierig, da diese oft aus Osteuropa stammten, nur wenige Monate in Wien blieben und deshalb etwaige Strafbescheide nicht zugestellt werden könnten.

Verbot von Straßenprostitution

Überhaupt erweise sich das derzeitige "Verbotszonen-Wirrwarr" als nicht praktikabel. Die Freiheitlichen fordern ein generelles Verbot von Straßenprostitution, wobei Ausnahmegebiete klar und nach Anhörung des jeweiligen Bezirks definiert werden müssten. Außerdem will die FPÖ die Einführung von Genehmigungsverfahren für Bordelle und "bordellähnliche Einrichtungen".

SPÖ plant blaue Forderungen "sowieso"

Die SPÖ kündigte indes eine Novellierung des Prostitutionsgesetzes nach Auslaufen der Pilotphase

des Sieben-Punkte-Programms im 15. Bezirk für Herbst an. Geprüft würden auch rechtliche Maßnahmen gegen Freier, die in Schutzzonen anbahnen, versicherte SPÖ-Gemeinderätin Sybille Straubinger in einer Aussendung: "Die FPÖ fordert wieder einmal etwas, das sowieso kommen wird", ärgerte sich Straubinger über den blauen "Wahlkampfschmäh".

VP: Bordelle statt Straße

Kritik an FPÖ und SPÖ kam von der ÖVP. Wien brauche ein umfassendes Bordellgesetz statt eines weiteren Stückwerks, wie dies die Freiheitlichen am Mittwoch vorgeschlagen hätten. Die zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger müsse ihre Ferien endlich beenden und sich des Problems annehmen. Gefordert wird eine Verlagerung der Straßenprostitution in Bordelle, wobei Sexarbeit ohne behördliche Genehmigung nicht mehr möglich sein solle, so ÖVP-Sicherheitssprecher Wolfgang Ulm. (APA)

<http://diestandard.at/1282978672662/Wiener-FPOe-will-Freier-haerter-bestrafen?seite=2>

12. April 2010 13:42

Statt Grauzone

Wiener ÖVP fordert Bordellgesetz

Damit soll die Prostitution weg von der Straße verlagert werden.

Die ÖVP hat am Montag die Schaffung eines Wiener "Bordellgesetzes" gefordert. Damit könnte, so ÖVP-Sicherheitssprecher Wolfgang Ulm, eine kriminelle Rotlichtszene verhindert werden. Er forderte ein Genehmigungsverfahren für Bordelle. Betreiber einschlägiger Lokale sollten künftig eine Zuverlässigkeitsprüfung absolvieren müssen. In Wien sind kürzlich eine Reihe von Rotlichtgrößen hinter Schloss und Riegel gewandert.

Offizielle Bordelle

Nach dieser Schwerpunktaktion der Polizei müsse die Stadt nun einen Beitrag leisten, dass sich keine neue kriminelle Szene entwickle. So wie in anderen Bundesländern müsse es in der Hauptstadt in Zukunft auch offiziell Bordelle geben: "Derzeit kennt der Wiener Landesgesetzgeber diesen Begriff nicht." Bei den entsprechenden Genehmigungen müsse dann unter anderem kontrolliert werden, ob der Betreiber einschlägige Vorstrafen aufweise - was ein klarer Hinderungsgrund wäre.

Rechtliche Grauzone

Die Bordellinhaber sollten für die Einhaltung aller Vorschriften verantwortlich sein. Die dort tätigen Frauen wiederum sollten ihren Beruf selbstständig ausüben können. Zuhälterei würde durch die klare gesetzliche Regelung erschwert, versicherte Ulm. Ein Bordellgesetz könnte es weiters Prostituierten erleichtern, selbst ein solches Etablissement zu betreiben, hieß es. Derzeit werde Prostitution in Wien hingegen oft illegal bzw. in rechtlicher Grauzone ausgeübt.

Weniger Straßenstrich

"Für jeden Würstelstand brauche ich eine Betriebsgenehmigung, für ein Bordell nicht", kritisierte Ulm. Eine Bewilligungspflicht gebe es bereits in fünf Bundesländern, Wien solle hier nachziehen. Möglich wäre dadurch auch eine Verlagerung der Prostitution von der Straße in Bordelle oder ähnliche Einrichtungen. Das würde auch die Anrainer entlasten, die sich durch den Straßenstrich vor ihrer Haustüre belästigt fühlen.

SPÖ: Wien hat Prostitutionsgesetz

Im Büro der zuständigen SPÖ-Stadträtin Sandra Frauenberger wurde darauf verwiesen, dass das Anbieten sexueller Dienstleistungen bereits jetzt rechtlich geregelt ist - im Wiener Prostitutionsgesetz. Darin ist unter anderem festgehalten, wo die käufliche Liebe nicht angeboten werden darf, also etwa im Umkreis von Schulen, Kindergärten, Kirchen oder Friedhöfen. Auch das Ausüben der Prostitution in Wohnungen ist verboten.

Laut SPÖ-Gemeinderätin Sybille Straubinger arbeiten derzeit Experten der Stadt unter Einbeziehung der Polizei an Maßnahmen zur Verbesserung der Situation: "Und zwar sowohl was die Straßenprostitution betrifft als auch was den niedergelassenen Bereich betrifft." Ergebnisse sollen noch vor dem Sommer vorliegen.

Grüne: Sexarbeit als Beruf

Für Monika Vana, nicht amtsführende Stadträtin und Frauensprecherin der Wiener Grünen, geht die Forderung nach einem Bordellgesetz an den Problemen in der Sexarbeit "völlig vorbei". Ein Genehmigungsverfahren für Bordellbetreiber ändere nichts an der derzeitigen Rechtlosigkeit der betroffenen Frauen. Sexarbeit müsse von der Sittenwidrigkeit entkoppelt und als Beruf anerkannt werden. So lange dies nicht geschehe, bestehe die große Gefahr der Ausbeutung, warnte Vana.

<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Wiener-OeVP-fordert-Bordellgesetz/805442>